

Antrag

der Fraktion der PDS

Ostdeutsche Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst bis zum Jahre 2007 stufenweise auf das Niveau der alten Bundesländer anheben

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die in ihrem Verantwortungsbereich liegenden administrativen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für eine stufenweise Anhebung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst in Ostdeutschland bis zum Jahre 2007 auf das Niveau der vergleichbaren Einkommen in den alten Bundesländern zu schaffen.

Für die Löhne und Gehälter von Bundesbediensteten bedeutet das konkret eine jährliche durchschnittliche Erhöhung um ca. zwei Prozent in den Jahren von 2003 bis 2007;

- dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit im Juni 2002 einen Stufenplan zur Angleichung von Löhnen und Gehältern vorzulegen;
- bei den ostdeutschen Landesregierungen für ein abgestimmtes Vorgehen bei der Angleichung der Tarife im öffentlichen Dienst zu werben und die Finanzierungsmodalitäten abzustimmen.

Berlin, den 17. April 2002

Roland Claus und Fraktion

Begründung

Im zwölften Jahr nach der Deutschen Einheit ist immer noch keine Angleichung der Einkommensverhältnisse Ostdeutschlands an die der alten Bundesländer erreicht. Dies ist weder mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Artikel 3 Abs. 3) noch mit dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ vereinbar, verfestigt die ökonomische und soziale Spaltung zwischen Ost und West und stimuliert die Abwanderung von Fachkräften. Ostdeutschland braucht einen neuen Aufbruch, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Dazu gehört neben einer Vielzahl weiterer wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Weichenstellungen eine Initialzündung für die Anhebung der Einkommen auf das Niveau der alten Bundesländer.

